

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
 Drucker und Verleger: H. Grotmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspalt oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neblen 30 Pf.

### Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 25. Februar 1892.

### Deutscher Reichstag.

180. Sitzung vom 25. Februar.  
 Präsident v. Böttger eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Eingegangen: Mittheilungen über den Beschluß der Verhandlungen der Kommission für Untersuchung der Stromverhältnisse im deutschen Reich.

Die zweite Verhandlung des Gesetzentwurfs über das Telegraphenwesen wird fortgesetzt bei § 3. Derselbe geht an, welche Telegraphen-Anlagen ohne erforderliche Genehmigung des Reichs errichtet werden dürfen. Als nicht genehmigungspflichtig werden u. A. bezeichnet: „Anlagen, welche von Transportanstalten auf ihren Linien ausschließlich zu Zwecken ihres Betriebes oder für den allgemeinen Verkehrsverkehr innerhalb der bisherigen Grenzen benutzt werden.“

Abg. Hamacher (natl.) will statt „den allgemeinen Verkehrsverkehr“ setzen: „die Vermittelung von Nachrichten.“

Abg. van Hilt (natl.) beantragt, auch Telegraphen-Anlagen im Dienste von Ziel- und Entwässerungs-Verbänden ohne Genehmigung des Reichs zuzulassen.

Staatssekretär v. Stephan erklärt, gegen diesen Antrag von Hilt keine Bedenken zu haben. Abg. Schrader (freis.) hält den Antrag Hamacher für falsch, indem derselbe nur eine Teleologie darstelle, da ja selbstverständlich die Telegraphie der „Vermittelung von Nachrichten“ diene.

Abg. Hamacher bittet dem entgegen um Annahme seines Antrages, der nur eine redaktionelle Verbesserung sein solle.

Staatssekretär v. Stephan stimmt dem zu, ebenfalls um Annahme des Antrages bittend. Nach einer weiteren kurzen Debatte werden die Anträge von Hilt und Hamacher angenommen und mit denselben § 3.

§ 4 wird debattirt und angenommen. Nach § 4a hat Jedermann das Recht auf Beförderung von ordnungsmäßigen Telegrammen.

Ein Antrag Auer will das Wort „ordnungsmäßigen“ streichen. Nach demselben Paragraph hat Jedermann das Recht, auch auf Zulassung zu einer ordnungsmäßigen telephonischen Unterhaltung.

Ein Antrag Diehl (Ztr.) will dies streichen. Abg. Schmidt-Frankfurt begründet den Antrag Auer mit der Ansicht, jede Zensur der Telegramme zu verhindern. In welcher Weise Zensur zuweilen geübt werde, zeige ein Fall, wo aus „Sittlichkeitsgründen“ ein Telegramm zurückgewiesen worden sei, welches u. A. von der Abingung des Kredits „Freuet euch des Lebens“ berichtete. (Heiterkeit.)

Geh. Ober-Postrath Dambach bemerkt, mit dem vom Vorredner erwähnten Falle habe der Vorbehalt „ordnungsmäßig“ gar nichts zu thun. So handle sich hier nur darum, daß — wie dies analog in der Postordnung bestimmt werde — das ausgegebene Telegramm dem an dasselbe zu stellenden anderen Anforderungen, so z. B. in Bezug auf Deutlichkeit, Besortheit, entsprechen müsse. Beide Anträge werden ohne weitere Debatte abgelehnt.

§ 4b fest, daß jeder Eigentümer eines Grundstücks gegen Erfüllung der von der Reichs-Telegraphen-Verwaltung, der Gemeinbe-Verwaltung oder einem anderen Unternehmer öffentlich bekannt zu machenden Bedingungen den Anschluß an das Telegraphen-Netz für den Ortsverkehr verlangen kann, insofern ein solches Votum besteht.

Abg. v. Bar (freis.) beantragt hier als neuen Absatz hinzuzufügen: „Die Bedingungen dürfen den Eigentümern nur solche Verpflichtungen auferlegen, welche die Anbringung und Benutzung des einzelnen Anschlusses betreffen. Sie dürfen den Nachweg nicht betreffen.“

Abg. Schrader führt zur Begründung aus, zur Zeit müßten sich die Besitzer solcher Anschlüsse, nachdem sie einmal das Geld für den Anschluß verausgabt hätten, die härtesten Bedingungen zum allgemeinen Besten gefallen lassen. Sie müßten sich u. A. Verpflichtungen durch Dulden auch von Telephonleitungen auf ihren Grundstücken gefallen lassen ohne Entschädigung, falls sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollten, daß ihnen der Anschluß an das Telegraphen-Netz wieder entzogen werde. Die Gewährung des Anschlusses werde also jetzt gewissermaßen als eine Gefälligkeit angesehen, welche wieder entzogen werden könne, sobald der Anschlossene nicht auf andere Zurechnungen eingeleitet, die mit dem Anschluß an sich nichts zu thun hätten. Das müsse aufhören, man könne nicht den Anschlüssen ohne Entschädigung im Interesse des allgemeinen Besten annehmen.

Staatssekretär v. Stephan erklärt den Antrag für unannehmbar. Es bestehe ja doch kein feindschaftliches Verhältnis zwischen der Telegraphen-Verwaltung und den Hausbesitzern. Die Zentralbehörde sei außerordentlich entgegenkommend und wo einmal nachgeordnete Organe dies nicht seien und Fälle vorkämen, wie der Vorredner sie schildert, dann habe er das Zutun, namentlich zu den Berlinern, daß dieselben sich an die Zentralbehörde zu wenden wüßten. Im Allgemeinen seien Hausbesitzer auch die Anbringung der Telephontrichter ganz recht, denn die Verwaltung übernehme zugleich die Dach-Reparaturen und außerdem erwache dem betreffenden Hause Schutz gegen Blitzegefahr. Andere Länder gingen sogar viel weiter, dieselben legten den Hausbesitzern eine gesetzliche Verpflichtung auf, die in Frage stehenden Einrichtungen auf ihren Häusern zu dulden. So weit geht er gar nicht.

Nachdem die Abg. v. Bar und Schrader nochmals für den freisinnigen Antrag eingetreten, erklärt

nach Ansicht seiner Partei das private Interesse zurücksetzen. Er und seine Freunde würden also nichts dagegen haben, wenn den Hausbesitzern eine Verpflichtung auferlegt würde, sich die Anbringung von Telephontrichtern im öffentlichen Interesse gefallen zu lassen. Und wenn hier ein Gesetz vorgelegt würde, welches eine solche Verpflichtung ausprüche, so würden seine Freunde diesem Gesetze zustimmen. Aber um diese Verpflichtung handle es sich hier ja gar nicht. Vielmehr nur darum, ob es überhaupt in das Verbleiben der Verwaltung gestellt bleiben solle, Anschlüsse zu verweigern, wenn man ihr nicht in anderer Beziehung zu Willen sei. Die Verwaltung betrachte die Gewährung von Anschlüssen als eine Wohlthat, die sie gewähren oder verweigern könne, je nachdem sie wolle. Und insofern sei der freisinnige Antrag berechtigt. Seine Freunde würden demselben also zustimmen.

Abg. Schrader erwidert dem Vorredner noch, er gebe demselben zu, daß, wo ein öffentliches Interesse wirklich vorliege, den Hausbesitzern eine Verpflichtung wohl auferlegt werden könne. Aber auch der Vorredner seinerseits werde ihm eingestehen, daß solche Verpflichtungen nicht ohne Entschädigungen auferlegt werden könnten, daß man eine Beschränkung des Eigentumsrechtes nicht ohne Entschädigung ansprechen könne.

Gegen die erwähnte Fink wird jetzt der freisinnige Antrag abgelehnt.

§ 4c läßt eine Erhöhung der Telegraphen- und Telephon-Gebühren nur durch Gesetz zu.

Ein Antrag v. Bar will die Höhe der Gebühren überhaupt durch Gesetz geregelt wissen mit der Maßgabe: Bis zum Erlaß dieses Gesetzes bleiben die gegenwärtig gültigen Bestimmungen in Kraft.

Nachdem Abg. v. Bar diesen Antrag begründet, wendet

Abg. Hamacher gegen denselben ein, was entstände denn für eine Lage, wenn sich die gesetzgebenden Faktoren über das betreffende Gesetz nicht zu einigen vermöchten? Alsdann würde die Verwaltung außer Stande sein, irgend eine Veränderung an den bestehenden tarifmäßigen Bestimmungen vorzunehmen, auch wenn diese Veränderung noch so notwendig wäre. Und das wäre doch bei der Bedeutung des Telegraphenwesens ein Uebelstand. Man dürfe mithin die Verwaltung in dieser Beziehung nicht vinkulieren. Auch liege nach den bisherigen Erfahrungen gar keine Nothwendigkeit hierfür vor.

Geh. Ober-Postrath Dambach bittet ebenfalls um Ablehnung des Antrages v. Bar. Das Verlangen desselben sei ohnehin praktisch undurchführbar, insofern nach demselben alle Bedingungen für Benutzung des Telegraphen gesetzlich festgelegt werden sollten. Jetzt ständen diese Bedingungen in der Telegraphen-Ordnung; diese machen Vorschriften über Schrift, Unterschrift u. c. So etwas gehöre doch nicht in ein Gesetz. Vor Allem aber könne die Telegraphen-Verwaltung, wenn der Antrag angenommen werde, keinerlei Verbesserungen in den Bedingungen für Benutzung der Telegraphie vornehmen, bevor nicht das verlangte Gesetz vereinbart sei! (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Bar erwidert, sein Antrag wolle die Verwaltung keineswegs vinkulieren, derselbe vielmehr die Rechte lassen, die sie zur Einführung von Verbesserungen schon jetzt besitze.

Abg. v. Volkmar (Soz.) kann nicht begreifen, wie Hamacher leugnen könnte, daß wir uns in Bezug auf eine gesetzliche Festlegung der Tarifbedingungen für Benutzung der Telegraphie haben. Allerdings hätten wir Anlaß, ein solches Gesetz zu wünschen. Kämen doch Jahr aus Jahr ein Beschwerden vor den Reichstag über zu hohe Telephon- und Telegraphen-Gebühren. Daß nicht allerlei kleinliche Bestimmungen, wie sie in die Telegraphen-Ordnung gebörten, in das Gesetz aufzunehmen seien, das sei ja richtig. Vielleicht werde in dieser Beziehung der Abg. v. Bar seinen Antrag abändern, indem er genauer angebe, welche Bedingungen für Benutzung der Telegraphie in dem Gesetze zu regeln seien. Aber im Prinzip sei der Antrag v. Bar jedenfalls richtig.

Abg. Hamacher äußert sich nochmals gegen den Antrag, kann aber die ganze Streitfrage nicht tragisch nehmen.

Abg. v. Bar ändert seinen Antrag jetzt dahin um, daß das Gesetz die „hauptsächlichen“ Bedingungen der Benutzung der Telegraphie und die Tarife regeln solle.

Abg. Graf Krümm (Reichsp.) bestreitet, sich gegen den Antrag zu erklären, daß die Gebühren in Deutschland höher seien, als bei den meisten anderen Ländern.

Der Antrag v. Bar wird jetzt abgelehnt. § 5 setzt auf widerrechtliche Errichtung einer Telegraphen-Anlage eine Strafe bis zu 1500 M. oder Haft oder Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Abg. v. Bar empfiehlt einen Antrag, die Strafandrohung zu ermäßigen auf „Geldstrafe bis 600 Mark oder Haft“.

Dieser Antrag, welcher vom Geh. Ober-Postrath Dambach im öffentlichen Interesse bekämpft wird, wird abgelehnt.

Die §§ 6 und 7 werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Der § 7a bestimmt: Elektrische Anlagen sind, sobald gegenseitige Störungen zu befürchten sind, auf Kosten desjenigen Theils, welcher diese Gefahr verursacht, so anzurorden, daß sie sich nicht störend beeinflussen können.

Ein Antrag Hamacher (natl.) hierzu will vor „so anzurorden“ einschalten: „nach Möglichkeit.“

Ein Antrag Bödiker (Zentr.) will zwischen „welcher“ und „diese Gefahr“ einschalten: „durch eine spätere Anlage oder durch eine später eintretende Aenderung einer bestehenden Anlage.“

Ein Antrag Lieber-Spahn (Zentr.) will Folgendes: „Die Telegraphen-Anlagen sind möglichst so einzurichten, daß sie weder von anderen elektrischen Anlagen störend beeinflusst werden, noch diese störend beeinflussen können.“ (Abf. 1.) Streitigkeiten darüber, ob eine Telegraphen-Anlage dieser Anforderung genügt, werden, insofern sie nicht auf privatrechtlichen Verhältnissen beruhen, durch Beschluß der physikalisch-technischen Reichsanstalt nach Anhörung der Beteiligten entschieden. (Abf. 2.) Ein dritter Absatz trifft Bestimmung über Ausübung der physikalisch-technischen Reichsanstalt zur Sprachbehörde.

Ein Antrag v. Stroombeck will, wenn Störung der Telegraphenleitungen durch benachbarte elektrische Leitungen eintreten oder zu befürchten ist und durch Selbstschutz nicht verhütet werden kann, die Telegraphenverwaltung berechtigen, die Anlage der elektrischen Leitungen derart, daß sie den Telegraphenbetrieb nicht stören, auf Kosten der Eigentümer der elektrischen Anlagen, sowie derjenigen Personen, welche ihren Grund und Boden zur Einrichtung elektrischer Anlagen benutzen wollen; jedoch kann die Berechtigung in berechtigter Weise gelegener Reichstelegraphen-Leitungen nicht beansprucht werden.

Ein Antrag v. Bar will sowohl der Reichstelegraphen-Verwaltung, wie andererseits auch den Besitzern anderer elektrischer Anlagen das Recht zusprechen, gegen Störung von der anderen Seite geschützt zu sein, und zwar in der Weise, daß jede Leitung so eingerichtet sein muß, daß sie in sich selbst geschützt ist. Es sollen also auch die Inhaber anderer elektrischer Leitungen diesen Anspruch an die Reichstelegraphen-Verwaltung haben.

Nachdem Abg. Bödiker seinen Antrag befürwortet, bezeichnet

Abg. Siemens (freis.) die vorliegende Frage als die wichtigste des ganzen Gesetzes. Die Postverwaltung habe auf die Frage, was sie eigentlich als ihr Recht beanspruche, eine klare Antwort nicht gegeben. Sie habe nicht einmal den Satz, von dem der Kommissionsbeschluß ausgehe: prior tempore, potior jure! sich angeeignet. Im Interesse der weiteren Entwicklung der Elektricität, im Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, für welche die Elektricität die billigste Betriebskraft sei, müsse hier die subjektive Willkür ausgeschlossen und dafür getreten werden, daß neben den Telegraphen-Anlagen noch für andere elektrische Anlagen Raum bleibe. Er bitte daher um Annahme des Antrages v. Bar.

Geh. Rath Graunke, den Antrag v. Bar bekämpfend, verweist darauf, daß ja die Störungen niemals von der schwachströmigen Telegraphen-Anlagen ausgingen, sondern nur immer von den Starkstrom-Anlagen. Daß ein Selbstschutz überhaupt möglich sei, habe man in Ingenieurkreisen immer nur behauptet, aber niemals bewiesen. Thatsächlich sei der Selbstschutz der Telegraphen-Anlagen gegen jede beliebige Starkstrom-Anlage nicht möglich. Der Schutz müsse also den Starkstrom-Anlagen unbedingt zur Pflicht gemacht werden, auch schon aus polizeilichen Gründen, aus Gründen der Sicherheit. Die Starkstrom-Anlagen müßten so eingerichtet werden, daß sie nur eine Minimalwirkung nach außen hin ausübten. Auf eine Anfrage des Abg. Klein (Kubvischagen, natl.) erwidert Redner noch, daß eine „in sich geschützte“ Drehstrom-Leitung von Heilbronn nach Laufen trotz dieses Selbstschutzes einen stark bemerkbaren Einfluß auf benachbarte Fernsprech-Leitungen ausübe.

Abg. Singer (Soz.): Seine Freunde wollten dem Regal des Reiches keine Schwierigkeiten bereiten, und wenn der Abg. Siemens meine, daß schon das Interesse an möglichstster Vereinfachung der elektrischen Anlagen zu Gunsten des Publikums gegen die Anforderungen der Reichstelegraphenverwaltung spreche, so gingen seine Freunde sogar weiter und glaubten, daß dieses Interesse des Publikums erst bei Verstaatlichung aller elektrischen Anlagen richtig gewahrt sein würde. Aber er befürchte, daß bei Annahme der bloßen Kommissionsbeschlüsse der Schutz des Publikums, der Schutz von Leben und Sicherheit nicht genügend gewahrt sei. Es müsse durchaus eine Bestimmung in das Gesetz, wonach jede Anlage in sich geschützt sein müsse.

Staatssekretär v. Stephan behält sich eine Wiederlegung der Ausführungen des Abg. Siemens vor. Heute wolle er nur der Bekämpfung desselben widersprechen, daß er noch keine bündige Erklärung über die eigentlich von der Telegraphenverwaltung beanspruchten Rechte abgegeben habe. Das sei nicht richtig, er habe vielmehr schon erklärt, daß er nur die Aufrechterhaltung der bisherigen Rechte beanspruche.

fürchten ist und durch Selbstschutz nicht verhütet werden kann, die Telegraphenverwaltung berechtigen, die Anlage der elektrischen Leitungen derart, daß sie den Telegraphenbetrieb nicht stören, auf Kosten der Eigentümer der elektrischen Anlagen, sowie derjenigen Personen, welche ihren Grund und Boden zur Einrichtung elektrischer Anlagen benutzen wollen; jedoch kann die Berechtigung in berechtigter Weise gelegener Reichstelegraphen-Leitungen nicht beansprucht werden.

Ein Antrag v. Bar will sowohl der Reichstelegraphen-Verwaltung, wie andererseits auch den Besitzern anderer elektrischer Anlagen das Recht zusprechen, gegen Störung von der anderen Seite geschützt zu sein, und zwar in der Weise, daß jede Leitung so eingerichtet sein muß, daß sie in sich selbst geschützt ist. Es sollen also auch die Inhaber anderer elektrischer Leitungen diesen Anspruch an die Reichstelegraphen-Verwaltung haben.

Nachdem Abg. Bödiker seinen Antrag befürwortet, bezeichnet

Abg. Siemens (freis.) die vorliegende Frage als die wichtigste des ganzen Gesetzes. Die Postverwaltung habe auf die Frage, was sie eigentlich als ihr Recht beanspruche, eine klare Antwort nicht gegeben. Sie habe nicht einmal den Satz, von dem der Kommissionsbeschluß ausgehe: prior tempore, potior jure! sich angeeignet. Im Interesse der weiteren Entwicklung der Elektricität, im Interesse der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, für welche die Elektricität die billigste Betriebskraft sei, müsse hier die subjektive Willkür ausgeschlossen und dafür getreten werden, daß neben den Telegraphen-Anlagen noch für andere elektrische Anlagen Raum bleibe. Er bitte daher um Annahme des Antrages v. Bar.

Geh. Rath Graunke, den Antrag v. Bar bekämpfend, verweist darauf, daß ja die Störungen niemals von der schwachströmigen Telegraphen-Anlagen ausgingen, sondern nur immer von den Starkstrom-Anlagen. Daß ein Selbstschutz überhaupt möglich sei, habe man in Ingenieurkreisen immer nur behauptet, aber niemals bewiesen. Thatsächlich sei der Selbstschutz der Telegraphen-Anlagen gegen jede beliebige Starkstrom-Anlage nicht möglich. Der Schutz müsse also den Starkstrom-Anlagen unbedingt zur Pflicht gemacht werden, auch schon aus polizeilichen Gründen, aus Gründen der Sicherheit. Die Starkstrom-Anlagen müßten so eingerichtet werden, daß sie nur eine Minimalwirkung nach außen hin ausübten. Auf eine Anfrage des Abg. Klein (Kubvischagen, natl.) erwidert Redner noch, daß eine „in sich geschützte“ Drehstrom-Leitung von Heilbronn nach Laufen trotz dieses Selbstschutzes einen stark bemerkbaren Einfluß auf benachbarte Fernsprech-Leitungen ausübe.

Abg. Singer (Soz.): Seine Freunde wollten dem Regal des Reiches keine Schwierigkeiten bereiten, und wenn der Abg. Siemens meine, daß schon das Interesse an möglichstster Vereinfachung der elektrischen Anlagen zu Gunsten des Publikums gegen die Anforderungen der Reichstelegraphenverwaltung spreche, so gingen seine Freunde sogar weiter und glaubten, daß dieses Interesse des Publikums erst bei Verstaatlichung aller elektrischen Anlagen richtig gewahrt sein würde. Aber er befürchte, daß bei Annahme der bloßen Kommissionsbeschlüsse der Schutz des Publikums, der Schutz von Leben und Sicherheit nicht genügend gewahrt sei. Es müsse durchaus eine Bestimmung in das Gesetz, wonach jede Anlage in sich geschützt sein müsse.

Staatssekretär v. Stephan behält sich eine Wiederlegung der Ausführungen des Abg. Siemens vor. Heute wolle er nur der Bekämpfung desselben widersprechen, daß er noch keine bündige Erklärung über die eigentlich von der Telegraphenverwaltung beanspruchten Rechte abgegeben habe. Das sei nicht richtig, er habe vielmehr schon erklärt, daß er nur die Aufrechterhaltung der bisherigen Rechte beanspruche.

Das Haus vertagt sich jetzt.

Abg. Siemens erwidert, eine Definition eben dieser „bestehenden Rechte“ habe — und darauf gabe es keine — der Staatssekretär beharrlich abgelehnt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen Verhandlung und Wahlprüfungen.

Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 25. Februar.

### Preussischer Landtag.

Abgeordneter-Haus.

21. Sitzung vom 25. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Zur Verhandlung steht der Etat der Bauverwaltung.

Zu Titel 5 der Einnahmen „Beiträge zur Unterhaltung der Land- und Wasserstraßen, Kanäle u.“ spricht

Abg. Schmieding (nl.) sein Bedauern darüber aus, daß man für den Dortmund-Emskanal noch immer auf den ersten Spatenstich warte; er bitte um baldigen Beginn der Arbeiten, damit es möglich werde, den vielen feierlichen Arbeiten in den Rheinlanden und Westfalen Arbeit zu geben.

Ministerial-Direktor Schulz erklärt, daß das ursprüngliche Projekt seitens der Interessenten bemängelt worden sei und daß in Folge dessen erneute Verhandlungen hätten eingeleitet werden müssen. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen werde dem Hause eine Denkschrift vorgelegt. Dies sei der Grund der Verzögerung des Beginnes des Baues.

Abg. Krause (nl.) regt die Frage der Regulierung des Pegels oberhalb Pöhl an und wünscht eine Erklärung der Regierung darüber, wie sie zu dieser Angelegenheit stehe.

Ministerial-Direktor Schulz erwidert, daß die Regierung mit der Erwägung dieser Angelegenheit beschäftigt sei, doch möge man daran keine zu großen Hoffnungen knüpfen, da die Sache mit großen Kosten verbunden sei.

Abg. Sombart (nl.) tritt für den Bau eines Kanals zwischen der Trebel und der Regnitz in Bayern ein, der wie er ausführt, sowohl

dem wirtschaftlichen Standpunkte aus, sowie für die Schiffahrt von großer Bedeutung sei.

Ministerial-Direktor Schulz erklärt, daß Verhandlungen darüber stattgefunden, daß aber trotz der unentgeltlichen Vergabe des Grund und Bodens seitens der Interessenten immer noch ein Zuschuß Preussens von 1,125,000 Mark zum Bau dieses Kanals erforderlich sei. Die Bauverwaltung habe sich noch nicht davon überzeugen können, daß die allgemeinen Interessen eine so große Ausgabe erforderten.

Abg. Bürmeling (Ztr.) bedauert die Erklärung der Regierung, die für die Interessenten nicht sehr hoffnungsvoll klinge. Außerdem wünscht Redner eine Verbreiterung des Mittelkanals in der Breite des Dortmund-Emskanals.

Abg. Dr. Schulz-Bodum (natl.) ist der Ansicht, daß man bei der gegenwärtigen Finanzlage mit dem Bau von Kanälen nicht allzusehr drängen solle. Doch halte er den Bau des Rhein-Maas-Kanals für ein dringendes Bedürfnis für die Entwicklung und Stärkung der volkswirtschaftlichen Interessen der westlichen Provinzen.

Abg. v. Schalscha (Ztr.) legt die Befürchtungen dar, welche die oberstelethische Kohlen-Industrie an den Bau des Nord-Deise-Kanals knüpfen müsse. Die oberstelethische Kohlenreviere hätten das größte Interesse an der Kanalisierung der oberen Oder, um sich den mühsam eroberten Markt an der Deise zu erhalten und um der Konkurrenz der englischen, wie auch der westfälischen Kohle entgegenzutreten zu können. Er bittet die Regierung, mit dem Bau des Oberkanals sogleich und energig vorzugehen.

Geh. Ober-Baurath Wiebe weist den Vorwurf des Vorredners zurück, indem er erklärt, daß der Bau des Oberkanals mit voller Kraft in Angriff genommen sei und energig gefördert werde. Es sei ihm ganz unerklärlich, wie der Vorredner das nicht wisse. (Heiterkeit.) Im Jahre 1895 werde man voraussichtlich mit der Kanalisierung der oberen Oder fertig sein.

Abg. v. Schalscha dankt dem Regierungs-Kommissar für diese Erklärung, legt indessen Gewicht darauf, daß der Oberkanal früher fertig gestellt werde, als der Nord-Deise-Kanal.

Abg. Wues (natl.) spricht die Hoffnung aus, daß durch die Ausführung der Kanäle eine Ermäßigung der Frachten für die Landwirtschaft werde erreicht werden.

Abg. Szulca (Ztr.) spricht seine Zustimmung über die Förderung des Baues des Oberkanals aus, erwartet indessen, daß bei diesem Bau Rücksicht auf die Landwirthe genommen und denselben nicht die Arbeiter, namentlich während der Ernte werden entzogen werden. Das Projekt des Oberkanals sei insofern verbesserungsbedürftig, als zu wenig auf die Interessen der Abzweigten, die jetzt vielfach unter Ueberschwemmungen zu leiden hätten, Rücksicht genommen sei.

Geh. Rath Wiebe bemerkt, daß Wünsche auf Abänderung des Projekts weder von preussischer noch österreichischer Seite an die Regierung gekommen seien. Im Uebrigen werde der Kanalbau möglichst gefördert werden und sei auch Aussicht vorhanden, daß der Hafen in Kofel noch in diesem Jahre in Angriff genommen werde.

Abg. Schüller (freis.) hält die Kanalisierung der Oder für wichtiger, als die bereits in Angriff genommenen Kanalbauten zwischen Rhein und Elbe.

Abg. v. Puttamer-Blauth (konf.) bittet um Auskunft, weshalb eine so geringe Summe für die Regulierung des Rogat-Armes in den Etat eingestellt sei. Diese Regulierung sei für Westpreußen außerordentlich bringend und innerhalb der Veröberung seien Befürchtungen entstanden, daß die Regierung zu wenig Gewicht auf den Schutz ihrer Interessen lege.

Ein Regierungs-Kommissar erwidert, daß bereits 7 Millionen, allerdings aus anderen Fonds, als aus dem der Bauverwaltung für die Weichselregulierung verwendet worden seien. Die Arbeiten gingen vortrefflich und zur allseitigen Befriedigung vor sich. Im Jahre 1895 werde förmlich der Durchbruch der Rogat eröffnet und damit die Gefahr für die untere Weichsel vermindert werden.

Abg. Dr. Lotichius (lib.) befürwortet beschleunigte Fertigstellung der Wasserbauten am Rhein.

Damit schließt die Debatte, der Titel wird bewilligt, ebenso die dauernden Ausgaben bis Kap. 65 (Bauverwaltung).

Abg. Nadehl (Ztr.) befürwortet die Befriedigung der Bauwünsche, namentlich eine Einräumung derselben in die vierte Rathskasse.

Ministerial-Direktor Schulz erklärt, daß dieser Antrag nicht erst bedürftig wäre, der jetzige Minister sei bemüht, die Stellung der Bauwünsche aufzubessern und würde ihnen in Zukunft bei ihrer Ernennung zum Bauwath der Rang eines Raths 4. Klasse beilegen werden.

Auf eine Bemerkung des Abg. v. Christen (fr.) erklärt der Reg.-Kommissar Geh. Rath v. Redlig-Neukirch, daß Gesprengungen in Zukunft nicht mehr ohne vorherige Prüfung der zuständigen Behörden vorgenommen werden würden.

Bei Tit. 16a „zu Beobachtungen und Untersuchungen der Hochwasser-Verhältnisse“ befürwortet

Abg. v. Neumann (konf.) eine schleunige Regulierung der unteren Oder durch Errichtung von Schöpfwerken, indem er auf die Verheerungen verweist, welche die Ueberschwemmungen im Oderbruch angerichtet hätten. Ursache der traurigen Lage der dortigen Bevölkerung sei namentlich der Umstand, daß alle Arbeiten der Bauverwaltung im Interesse der Schiffahrt ausgeführt würden, ferner aber auch, daß die Oder nicht von unten, sondern von oben regulirt werde. Das Einzige, was noch retten könne, seien große Baggerungen des Flußbettes, bedauerlicher Weise würden dieselben nicht vorgenommen. Die Gemeinden des Oderbruchs seien nicht präventionsfähig, sie seien nicht im Stande zur Errichtung von Schöpfwerken etwas beizutragen; er wisse sehr wohl, daß große Summen erforderlich seien, aber es handle sich um viele schöne Dörfer, die nach und nach zu Grunde gehen, um das Oderbruch, eine Schöpfung Friedrich des Großen.

Ministerial-Direktor Schulz erklärt, daß für die vom Vorredner ausgesprochenen Wünsche an erster Stelle der landwirtschaftliche Minister zuständig sei. Der Minister für öffentliche Arbeiten werde indessen den nicht genügenden Ver-

hältnissen des Oderbruchs sein ganzes Interesse zu und sei gern bereit, durch Beistützung an Ort und Stelle mit dem Minister der Landwirtschaft zu berathen, ob und welche Maßnahmen zur Beseitigung der Nothstände zu ergreifen seien.

Die Abg. v. Dobeneck (konf.) und v. Buddenbrock (konf.) unterstützen die Ausführungen v. Neumanns.

Abg. v. Bodelberg (konf.) schildert die Nothstände in der Warthe-Region.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne weitere wesentliche Debatte der Rest der ordentlichen Ausgaben.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben „zur Herstellung eines Fischereihafens in Hela“ befürwortet

Abg. v. Hammerstein (konf.) im Interesse der Bevölkerung die Herstellung eines solchen Hafens in Hela.

Ein Regierungs-Kommissar erwidert, daß die Anlage einer Fährlinie und die Vertiefung des Hafens mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Die Regierung werde der Angelegenheit ihre weitere Fürsorge zuwenden.

Bei dem Titel „zur Herstellung eines Hafens bei Schmitz 1. Rate 400,000 Mark“ bittet

Abg. v. Benba (natl.) um einstimmige Bewilligung dieser Position.

Abg. Hugo Herms (fr.) bezeichnet die Herstellung einer Verbindung des Hafens mit der Eisenbahnstation Crampas-Sanditz als dringend nothwendig.

Die Position wird bewilligt, ebenso die weiteren Forderungen des Etats, darunter 300,000 Mark als erste Rate zum Neubau des Geschäftsgebäude für beide Häuser des Landtages.

Abgelehnt wird dagegen auf Antrag der Budgetkommission die Forderung zum Neubau eines Dienstgebäude für die Weichselstrombauverwaltung in Danzig erste Rate 70,000 Mark.

Damit ist der Etat der Bauverwaltung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Etat für Handel und Gewerbe und der Anstaltungskommission.

Schluß 3 1/2 Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Im Saale der Brauerei Friedrichshagen hat heute Vormittag eine Versammlung der arbeitssüchtigen Arbeiter Berlins stattgefunden. Die von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung war sehr zahlreich besucht. Nach Schluß der Versammlung, gegen ein Uhr Mittags, zogen die Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach der Stadt. Der Zug war mehrere tausend Mann stark und nahm seinen Weg durch die alte Königsstraße und die Königsstraße beim Rathhause vorbei nach dem Schlossplatz. Die Arbeiter verhielten sich während des Marsches im Allgemeinen ruhig, nur einzelne Gruppen sangen, andere wieder ließen ab und zu Schreie ertönen. In der Königsstraße flocht der Zugsführer die Teilnehmer durch das Eingreifen der Schutzmannschaft mit der flachen Klinge vertrieben. Sie wandten sich nun den Linden zu, wo ebenfalls die Schutleute noch einschreiten mußten und auch, wie wir hören, mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Erst nach längerer Zeit zerstreute sich die Menge.

Von anderer Seite wird nun noch mitgeteilt, daß in der Versammlung bei Rips bereits drei Verhaftungen wegen Majestätsbeleidigung vorgenommen worden waren. In der Versammlung waren schon die Rufe gefallen: „Wir ziehen zum Kaiser, der Kaiser soll uns sehen.“ Nach Schluß der Versammlung ordneten sich circa 4000 Mann zum Zuge nach dem Schlosse und marschirten durch die Königsstraße beim Rathhause vorbei, wo ein Halt gemacht wurde und Rufe laut wurden, nach dem Schlosse, wo die unterwegs angewachsene Menge an der Seite der Breitenstraße aufstellte und nach dem Verlangen laut werden ließ, der Kaiser möge sich zeigen. Die Polizei, welche schon vorher vergebliche Versuche gemacht, den Zug zu zerstreuen, war auch hier zu schwach, trieb aber die Massen den Linden zu, wo sie an der Charlottenstraße auf eine stärkere Konzentration von Schutleuten stießen. Es kamen Konflikte und Verhaftungen vor: die Arbeitssüchtigen versuchten Gesangene zu befreien, die Schutleute attackirten mit blanker Waffe und die Massen gingen zurück über die Kaiser Wilhelmbrücke, bei der es zu einem ernsthaften Kravall und etwa 25 Verhaftungen kam.

Der Kaiser hat, wie wir vernehmen, von einem Fenster des ersten Stockes des Schlosses, am Schloßplatz, den Zug angesehen.

Ueber die Stimmung in der Provinz Posen entnehmen wir einem der konservativen „Schles. Zn.“ zugegangenen Bericht die nachfolgenden Bemerkungen:

„Auch die neue Volksschulvorlage hat zur Verschärfung der nationalen Gegensätze in unserer Provinz beigetragen. Die hiesigen Schulen sind fast ausschließlich Simultan Schulen, was man gegen dieselben auch sagen mag — in Posen haben sie als ganz vorzügliches Germanisierungsmittel gewirkt. Trotz des Wortlauts des § 14 der Vorlage glaubt man hier die Existenz der Simultan-Schulen bedroht. Obwohl die Bestimmungen des § 15 ausschließlich die Frage behandeln, in welchen Fällen für die in einer konfessionellen Schule unterrichteten Kinder einer anderen Konfession eine besondere konfessionelle Schule einzurichten ist, fürchtet man doch, daß bei dem Verhandeln von festzulegen Kindern ein und derselben Konfession auch bei uns künftig besondere konfessionelle Schulen werden errichtet werden. In die diesen Paragraphen genutzte Befürchtung scheint zwar völlig unmotivirt. Aber gleichwohl hat die Regierung, wenn sie will, schon auf Grund des § 6 der Vorlage, falls die von der Kommission beschlossenen Änderungen dieser Bestimmungen nicht Gesetz werden, immer die Möglichkeit, neue Konfessionsschulen zu errichten. Und dann würden den katholischen Volksschulen zweifellos alle polnischen Kinder zufließen, was die Bildung rein polnischer Schulen zur Folge hätte. Eine solche Anwendung des neuen Volksschulgesetzes in Posen wäre allerdings von den verhängnisvollen Wirkungen für die Nachstellung des deutschen Elements in unserer Provinz. Alles in Allem genommen, erscheint es durchaus wahrscheinlich, daß, wenn nicht neue volenfreundliche Maß-











